

# Was wollen die Amerikaner wirklich?

Die Anti-Haig-Demonstration in Berlin ist das jüngste Beispiel einer Kette von Aktionen, Äußerungen und Ereignissen, die die deutsche Öffentlichkeit aufschrecken und die Amerikaner bei uns wie in den Vereinigten Staaten verwundern. Ist das Anti-amerikanismus, fragen unsere amerikanischen Freunde. Was wollen die Amerikaner wirklich, fragt mancher Bürger bei uns, der sich durch neutralistische und amerikafeindliche Äußerungen einiger Politiker und ihrer publizistischen Hilfstruppen verunsichert sieht.

Die Antwort hat Alexander Haig gegeben, der am 13. September 1981 eine Rede hielt, die über den Tag hinaus Bestand haben wird und jene beschämen muß, die die deutsch-amerikanische Partnerschaft fahrlässig in Zweifel ziehen.

Wir dokumentieren an dieser Stelle die Berliner Rede Haigs und ergänzen sie durch Auszüge eines Interviews, das der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Richard Allen, Anfang September der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ gab. Richard Allen befand sich als Gast der Konrad-Adenauer-Stiftung drei Tage in Bonn, um an einer deutsch-amerikanischen Konferenz teilzunehmen.

Eine bestimmte Vorstellung des Menschen:  
Die demokratische Revolution und ihre Zukunft

Rede von US-Außenminister Alexander Haig in Berlin

Ein europäischer Philosoph schrieb einmal, daß „alle Politik eine bestimmte Vorstellung des Menschen bedeutet“. Vor 20 Jahren lieferte die Berliner Mauer der Welt den dramatischen Beweis einer Art von Vorstellung vom Men-



schen. In diesem Jahr, da wir den 20. Jahrestag der Mauer erleben, möchte ich über eine andere Vorstellung des Menschen sprechen, eine Vorstellung, die uns viel bedeutet — die wir zu verteidigen uns verpflichtet haben.

Unsere Vorstellung vom Menschen beginnt mit, beruht auf und lebt von einer tiefen Achtung der Rechte des einzelnen — Rechte wie Freiheit des Wortes, Freiheit der Religion und Freiheit der eigenen Wahl.

Ein freier Mensch ist ein schöpferischer Mensch. Die Kultur gedeiht, wenn Künstler und Wissenschaftler, Philosophen und Dichter, Gelehrte und Arbeiter ihre Fähigkeiten ungestört entwickeln können. Die Fähigkeit freier Menschen, zusammenzuarbeiten, sei es nun in politischen Parteien, Presseverbänden, freien Unternehmen oder Gewerkschaften ist wesentlich für die Kreativität einer freien Gesellschaft. Sie ist auch die beste Grundlage für andauerndes wirtschaftliches Wachstum.

**Doch die Geschichte hat gelehrt, daß es zwischen der Freiheit des Schöpferischen und der Zügellosigkeit des Zerstörerischen einen schmalen Grat gibt. Die Demokratien des Westens sind deshalb beständig auf der Suche nach Ausgewogenheit zwischen Freiheit und Zügellosigkeit, zwischen Verantwortung und Unbesonnenheit. Diese schöpferische Spannung hält unsere juristischen und politischen Institutionen am Leben und verleiht ihnen Kraft.**

Eine pluralistische Gesellschaft mit einem Gleichgewicht zwischen der Freiheit des einzelnen und dem Gemeinwohl ist an sich schon eine revolutionäre Idee. Die Demokratie hat uns befähigt, noch nie dagewesene Möglichkeiten für unsere Bürger zu schaffen. Aber die Demokratie ist auch das Erbe aller Menschen. Die Idee vom Menschen als schöpferischem und verantwortlichem Einzelwesen hat der modernen Geschichte ihre besondere Form verliehen. Wiederholte Unterdrückungsversuche haben sie stärker und anziehender gemacht denn je. Ich glaube, daß die demokratische Revolution, die sich mit der Leistung unserer Gesellschaften beweist, die beste Hoffnung auf menschlichen Fortschritt bietet. Die Demokratien des Westens genießen ein einmaliges Vorrecht — und haben eine zwingende Verpflichtung —, ihre eigene revolutionäre Doktrin in der ganzen Welt zu verkünden.

Wie steht es nun heute um die demokratische Revolution? Was für eine Zukunft hat sie? Lassen Sie uns der Realität ins Auge blicken. Wir stehen vor einer mehrfachen Herausforderung unserer Idee vom Menschen:

- Erstens, der Gefahr, den Glauben zu verlieren an die Fähigkeiten der demokratischen Gesellschaften, mit den Herausforderungen der achtziger Jahre fertig zu werden;
- zweitens, der Gefahr, internationales Verhalten mit zweierlei Maß zu messen;



- drittens, der Gefahr einer falschen Gegenüberstellung zwischen dem Verlangen nach weiterem gesellschaftlichem Fortschritt und der Notwendigkeit, die Verteidigungsmittel des Westens zu steigern.

## Der Verlust an Vertrauen

Heute werden überall in unserem Bündnis die Qualität unserer Gesellschaften und die Zukunft unserer transatlantischen Beziehungen heiß diskutiert. Das ist weder ungewöhnlich noch ungesund. Die Demokratien litten niemals unter einem Mangel an Kritikern, und das Atlantische Bündnis, ein freier Zusammenschluß von Nationen, hat sich stets durch freien Meinungs-austausch ausgezeichnet.

Gleichwohl haben Inhalt und Ton unserer Debatten in letzter Zeit eine beunruhigende Wendung genommen.

- Zu viele prophezeien eine Zukunft ohne Hoffnung;
- zu viele verunglimpfen die Demokratie als schwach und unentschlossen, als unfähig, mit den Herausforderungen der achtziger Jahre fertig zu werden; und
- die allgegenwärtigen Kritiker der NATO tun wieder einmal so, als ob das Bündnis im Begriff sei, zu zerbrechen.

Jede gesunde Gesellschaft macht Zeiten strengster Gewissenserforschung durch. Doch wenn das zum Zwang und zum Endzweck wird, muß es unweigerlich zu bösen Folgen führen. Übermäßige Introvertiertheit lähmt, wie das amerikanische Volk leider erfahren hat, den Willen und bedroht damit den Frieden. Bei solchen Gelegenheiten müssen wir uns unserer Werte erinnern. Wir müssen daran arbeiten, in der Gesellschaft das Gleichgewicht wiederherzustellen, das zum Schöpferischen führt. Und wir müssen aufpassen, daß wir nicht den schmalen Grat zwischen Freiheit und Anmaßung überschreiten. Das wäre Verrat an der Verheißung der Freiheit:

- Demokratie und die Herrschaft des Rechts können nicht überleben, wenn wir nicht bereit sind, sie zu verteidigen.
- Der Pluralismus kann nicht funktionieren, wenn die Interessen einer Gruppe auf Kosten des Allgemeinwohls gefördert werden.
- Die Gesellschaft kann nicht vorwärtsschreiten, wenn Gewalt und Sabotage als legitime Methoden zur Erreichung persönlicher und politischer Ziele betrachtet werden.

Übermäßige Introvertiertheit und Pessimismus bieten keine Lösung für unsere Probleme. Wir müssen an ihrer Stelle eine tolerantere und optimistischere Haltung einnehmen. Trotz ihrer Mängel wird von allen politischen Systemen der Welt nur die Demokratie der Vielfalt der Menschen gerecht. Trotz ihrer



Mängel fördert nur die Demokratie die Kreativität des Menschen. Und nur die Demokratie sichert jene Rechte, die es dem einzelnen und der Gesellschaft gestatten, sich in Frieden zu entwickeln. Darum ist unser Bündnis stets in der Lage gewesen, seine Probleme zu überwinden. Wir glauben an den Genius des Individuums.

Berlin ist ein guter Ort, um den Glauben an den demokratischen Pluralismus zu stärken. Diese blühende Stadt ist ein vortreffliches Beispiel des Erfolgs des Westens. Aber auf der anderen Seite der Berliner Mauer ist eine Alternative. Es ist ein trauriges Bild: Eine Revolution, die ihren Reiz verloren hat. Parolen, die einmal Menschen bewegten, langweilen sie nun. Institutionen, die angeblich Millionen Hoffnung machen sollten, unterdrücken sie statt dessen. Zynismus und Pessimismus sind überall: Schriftsteller, Künstler, Dichter, Philosophen — der schöpferische Geist der Gesellschaft — sind in beispielloser Zahl in den Westen geflohen, weil sie in ihren eigenen Ländern kein Gehör finden. Das polnische Volk ist heute dabei, in einer gefährvollen Anstrengung die Grenzen der Freiheit, die ihm so lange vorenthalten worden ist, zu erweitern.

Wenn wir das alles sehen, wofür brauchen wir im Westen uns zu entschuldigen? In ganz Europa gibt es heute handfeste Beweise für die Hoffnung einer demokratischen Revolution. Die Bevölkerung von Griechenland, Spanien und Portugal hat im letzten Jahrzehnt vor der Welt bestätigt, daß die Rechte des einzelnen und Demokratie die Schlüssel zur Zukunft sind. Ihr Optimismus und ihre Verteidigung der Vielfalt werden weiterhin bewundert und verdienen Unterstützung.

## Zweierlei Maß

Heute gibt es eine zweite Gefahr für die demokratische Revolution, der wir uns stellen müssen.

**Ich entdecke, daß im Westen die angemessenen Normen internationalen Verhaltens mehr und mehr mit zweierlei Maß gemessen werden. Einmal wird übertriebene Kritik an denen geübt, die Individualismus schätzen, abweichende Meinungen tolerieren und friedliche Änderungen herbeiführen wollen. Die andere Seite ist ein toleranterer Standpunkt jenen gegenüber, die Vielfalt verabscheuen, abweichende Meinungen unterdrücken und gewaltsamen Wechsel fördern.**

Die Sowjetunion hat Afghanistan seit 1979 besetzt. Religion, Kultur und nationales Leben der Afghanen sind in Gefahr, zerstört zu werden. Ein Fünftel der gesamten Nation wurde ins Exil gezwungen. Das Volk von Afghanistan liebt seine Freiheit. Es gibt den Kampf nicht auf. Aber warum sind die Stim-



men des Gewissens unter uns, die gegen die Aggression aufschreien, so gedämpft?

- Vietnam, das im Westen vor nicht allzulanger Zeit eine so weitreichende Besorgnis ausgelöst hat, hat seine Bevölkerung im Süden versklavt, hat sich Kampuchea bemächtigt und bedroht jetzt den Frieden von Südostasien.
- Libyen, ein Land, das Terror und Mord in Ländern, die weit entfernt von ihm liegen, finanziert, hat seinen Nachbarn Tschad angegriffen und besetzt und nennt das „Vereinigung“.

Wo bleiben die Demonstrationen gegen diese Schandtaten?

■ Das Schlagwort „Nationale Befreiung“ wurde benutzt, um internationalen Terror und Gewalt zu rechtfertigen. Kann eine Nation befreit werden, wenn ihrem Volk die Freiheit vorenthalten wird? Kann eine Nation frei sein, wenn ihre Unabhängigkeit dem Willen einer ausländischen Macht unterworfen ist? Kann ein Volk erhoben werden, wenn unschuldige Menschen das Ziel von Terror sind?

■ Trotz ihrer Beteuerungen von Frieden und gutem Willen nimmt die Sowjetunion eine enorme militärische Aufrüstung jenseits aller Erfordernisse der Selbstverteidigung vor. Außerdem hat sie ihre Stellvertreter bewaffnet und ermuntert, gewaltsame Veränderungen zu unterstützen, die ihren strategischen Zielen dienen. All dies ist geschehen trotz der andauernden Bemühungen des Westens um Rüstungskontrolle und Entspannung. Wo bleiben die Proteste gegen solches sowjetisches Verhalten?

Die Demokratien erwarten stets mehr von sich selbst, als von ihren Gegnern. Unsere Offenheit, unsere freie Presse, unsere demokratischen Einrichtungen setzen unsere Aktionen einer unerbittlichen Kritik aus, der jene nicht unterliegen. Das ist eine Quelle der Stärke und Vitalität für die Demokratie.

**Wenn das aber wesentliche Bemühungen, die Freiheit zu verteidigen, lähmt, wie dies in den dreißiger Jahren geschah, dann ist nicht nur die Freiheit, sondern auch der Frieden gefährdet.**

Es sind die sowjetischen Panzer und nicht die NATO-Verteidigung gegen diese Panzer, die den Frieden in Europa bedrohen. Es ist die rapide Expansion der sowjetischen nuklearen Bewaffnung in Europa, die die NATO zur Reaktion gezwungen hat. Wir haben deutlich gemacht, daß wir gleichermaßen bereit sind, in positiver Weise auf sowjetische Zurückhaltung zu antworten. Wir würden die Verringerung der Waffen auf beiden Seiten begrüßen. Aber die Hoffnung auf solche Verminderungen würden scheitern, wenn unser Volk zweierlei Maß anlegt und fälschlicherweise die Schwierigkeiten der Welt nicht der Aggression, sondern den Bemühungen, sich dagegen zu verteidigen, anlasten würde.



Wenn Demokratien zu schwach werden oder zu ängstlich, um aggressiven Diktaturen zu widerstehen, wen gibt es dann, der die Demokratie verteidigen könnte? Für uns Kinder des zwanzigsten Jahrhunderts ist dies mehr als eine rhetorische Frage. Werden wir wieder blind sein?

**Wieder einmal werden Terror und Einschüchterung benutzt, um jene zum Schweigen zu bringen, die sprechen; wiederum sind Angriffe auf Synagogen und Kirchen das Instrument pervertierter politischer Ideen; wiederum beruft sich ein totalitäres Regime auf die Schlagworte von Selbstbestimmung, um seine Weltherrschaftsambitionen voranzutreiben. Und gerade zu der Zeit, in der die Vereinigten Staaten beschuldigt werden, die Rüstungskontrolle zu verzögern, zeigt sich, daß andere eines der ältesten Kontrollabkommen verletzen — das, welches die Benutzung von Giftstoffen verbietet.**

Bereits seit einiger Zeit ist die internationale Öffentlichkeit über fortgesetzte Berichte beunruhigt, denen zufolge die Sowjetunion und ihre Alliierten tödliche chemische Waffen in Laos, Kampuchea und Afghanistan benutzt haben. Als Ergebnis dieser tiefen internationalen Beunruhigung haben im vergangenen Herbst die Vereinten Nationen eine unparteiische Gruppe von medizinischen und technischen Spezialisten eingesetzt, um diese Angelegenheit zu untersuchen. Trotz dieser internationalen Aufmerksamkeit und Tätigkeit jedoch gibt es weiterhin Berichte über unrechtmäßige und unmenschliche Handlungen. Darüber hinaus haben wir jetzt handfeste Beweise aus Südostasien, die analysiert wurden und bei denen abnorm hohe Grade von drei potenten Mykotoxinen gefunden wurden — giftigen Substanzen, die nicht in dieser Region beheimatet sind und die hochgradig giftig für Menschen und Tiere sind.

Die Benutzung solcher Giftstoffe in der Kriegsführung ist verboten durch das Genfer Protokoll von 1925 und ähnliche Regeln des üblichen Völkerrechts. Schon ihre Herstellung für solche Zwecke ist durch die Konvention über biologische Waffen von 1975 strikt verboten. Darum unternehmen wir Schritte, um sicherzustellen, daß diese Beweise auch anderen Staaten zur Kenntnis gebracht werden sowie auch dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und der Expertengruppe, die diese Angelegenheit unter seiner Anleitung untersucht. In meiner Hauptstadt werden morgen die Vereinigten Staaten mehr zu diesem Thema zu sagen haben.

Wiederum droht dieses zweierlei Maß uns den Blick auf die Welt zu verstellen: Die demokratische Revolution wird angefochten und kritisiert; ein vergebender und akzeptierender Blick wird auf die Gegner gerichtet. Aber dieser Ansturm bleibt nicht ohne Kosten. Entweder teilt das westliche Bündnis die Vision einer Welt des friedlichen Wandels, wo internationale Streitigkeiten ohne Gewaltanwendung gelöst werden, oder es ist kein Bündnis. Wenn wir uns nicht in der grundsätzlichen Frage unseres Ziels einigen, wenn wir unse-



ren eigenen Motivierungen mißtrauen, dann ist die Zukunft tatsächlich düster. Abraham Lincoln sagte einmal:

**„Unsere Verteidigung liegt in der Bewahrung des Geistes, welcher die Freiheit als das Erbe aller Menschen in allen Ländern der Erde würdigt. Zerstört man diesen Geist, dann hat man die Saat der Gewaltherrschaft vor seine eigene Tür gesät.“**

## Sozialer Fortschritt kontra Verteidigung

Es gibt eine dritte Gefahr für die Demokratie. Wir debattieren heute darüber, wie man es verhindern kann, daß die sowjetische militärische Aufrüstung nicht das Kräftegleichgewicht zunichte macht. Alle sachkundigen Beobachter stimmen überein, daß unser Sicherheitsspielraum enger geworden ist. Die Demokratien jedoch sind über das Argument zerstritten, daß unsere Sicherheit tatsächlich durch größere Verteidigungsanstrengungen gefährdet wird. Uns wird gesagt, daß die Mittel, die für die Verteidigung erforderlich sind, auf Kosten des sozialen Friedens aufgebracht werden. Ein Dollar mehr für das Militär, so wird argumentiert, sowohl in meinem eigenen Land als auch hier in Europa, bedeutet einen Dollar weniger für die Wohlfahrt, für das Gesundheitswesen sowie andere notwendige soziale Zuwendungen.

Wir haben diese Argumentation schon früher gehört. Sie stützt sich auf mangelndes Vertrauen in die Fähigkeiten einer demokratischen Gesellschaft, für beides sorgen zu können; für sozialen Fortschritt und für eine angemessene Verteidigung.

Doch die Demokratien haben seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder bewiesen, daß sie diese Aufgaben bewältigen können. Der Westen ist fähig gewesen, sich zu verteidigen. Und hinter diesem Schild haben wir außerordentliche soziale Fortschritte erzielt. Es ist ganz klar, beides ergänzt sich.

Wenn wir nicht bereit sind, uns zu verteidigen, dann werden wir die Möglichkeiten verlieren, unsere Gesellschaften zu reformieren; und wenn wir nicht bereit sind, soziale Gerechtigkeit zu suchen, werden wir den Willen — und den eigentlichen Grund — verlieren, uns zu verteidigen. Angespannte wirtschaftliche Bedingungen werden unsere Aufgabe in den nächsten Jahren ungewöhnlich schwierig machen. Trotzdem dürfen wir die Lehren der Geschichte nicht vergessen.

Ich kann an dieser Stelle die Frage eines realistischen Ansatzes für Rüstungskontrolle nicht ignorieren. Ich habe bei anderen Gelegenheiten gesagt, daß der Sinn der Rüstungskontrolle sein muß, die Risiken eines Krieges zu verringern. Aber Rüstungskontrolle vollzieht sich nicht in einem Vakuum. Sie ist wesentlicher Bestandteil einer zusammenhängenden Sicherheitspolitik der



Verbündeten. Diese Politik betont die entscheidende Rolle des Gleichgewichts auf militärischem Gebiet als die absolute Grundlage einer erfolgreichen Rüstungskontrolle. Der NATO-Doppelbeschluß von 1979 über Mittelstreckenraketen ist Ausdruck dieser Anschauung.

Wie Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben hat, waren die sowjetischen SS-20-Raketen eine sowjetische Initiative. Sie werden fortlaufend aufgestellt. Man kann sie nicht hinwegwünschen.

**Ebensowenig kann man eine Verringerung der Bedrohung aushandeln, wenn uns die Entschlossenheit fehlt, eine sowjetische Vorherrschaft zu verhindern.**

Der Beginn formeller Gespräche über diese Themen wird obenan auf der Tagesordnung meines Treffens mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko im Laufe dieses Monats stehen. Diese Gespräche können nur erfolgreich sein, wenn die NATO ihren Plan ausführt, ihre Mittelstreckenraketen zu modernisieren.

Die Bereitschaft, unsere Werte zu verteidigen, bleibt die wesentliche Garantie für sie. Ich bin überzeugt, sie sind es wert, für sie zu kämpfen. Für die Vorstellung, daß der Mensch ein schöpferisches und freies Individuum ist, lohnt es sich zu kämpfen.

## Die Zukunft der demokratischen Revolution

Kürzlich haben wir den 20. Jahrestag der Berliner Mauer und den 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Berlin erlebt. Der Fortschritt, der in dem Jahrzehnt zwischen diesen beiden Ereignissen erreicht wurde, wurde durch die westliche Entschlossenheit ermöglicht, die Sicherheit und die Freiheit der Stadt zu erhalten, während gleichzeitig praktische Verbesserungen im Leben ihrer Einwohner angestrebt wurden.

Das Viermächteabkommen erinnert uns daran, was Ost und West durch Verhandlungen erreichen können. Und es erinnert uns auch daran, daß solch ein Erfolg nur durch westliche Ausdauer und Einheit erreicht werden kann. Die Einheit der Westalliierten, der Bundesrepublik Deutschland und der Berliner selbst ist während der letzten 35 Jahre einer der Hauptgründe für die anhaltende Freiheit und den Wohlstand Berlins gewesen. Die Amerikaner sind stolz auf ihre Rolle bei der Erhaltung der Freiheit Berlins und bei der Bewahrung der Stabilität in und um Berlin. Unsere Verpflichtung in Berlin bleibt einer der Eckpfeiler des amerikanischen Engagements in Europa.

Es ist oft gesagt worden, daß das freie Berlin eine Insel der Freiheit in einem Meer des Totalitarismus sei. Hier gibt es eine freie Presse; auf der anderen Seite dieser gräßlichen Mauer gibt es keine.

**Hier gibt es Redefreiheit; ein paar Kilometer weiter gibt es keine. Im freien Berlin wählt man jene, die regieren sollen; in Ost-Berlin sind Wahlen ein**



**Hohn. Und hier können sich die Berliner frei versammeln und für ihre Ansichten demonstrieren; Ostberliner können sich eine solche Freiheit nicht vorstellen.**

Es ist meiner Aufmerksamkeit nicht entgangen, daß meine heutige Anwesenheit hier Westberliner auf die Straße gebracht hat, die über mich und mein Land nicht so gut denken, wie ich es mir wünschte. In einer Hinsicht bedaure ich natürlich jene Demonstrationen. Aber in einer viel wichtigeren Hinsicht sollten wir alle eine tiefe Befriedigung aus dem ziehen, was sie uns über die Stärke der Demokratie und die Verpflichtung für demokratische Institutionen in diesem Teil Berlins zeigen: All die Mühe, all der Kampf und all die Entschlossenheit, die die Alliierten, die Bundesrepublik Deutschland und die Westberliner im Laufe der Jahre eingesetzt haben, um dieser Stadt ihre Freiheit zu bewahren, haben sich gelohnt.

**Voltaire sagte einmal in bezug auf eine andere Revolution: „Ich stimme nicht mit dem überein, was Sie sagen, aber ich werde bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.“ Im Namen meines Landes — und im Namen der Hunderttausenden meiner Landsleute, die in unseren Streitkräften in Europa dienen — lassen Sie mich damit schließen, daß selbst wenn wir nicht damit übereinstimmen, was Sie sagen, wir bereit sind, bis zum Tod Ihr Recht zu verteidigen, es zu sagen.**

## **Auszug aus einem ZEIT-Interview mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Richard Allen**

**ZEIT:** Zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten gibt es Meinungsverschiedenheiten über die weitere Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses. Wo sehen Sie die Ursachen dafür?

**Allen:** Es scheint mir, daß in Deutschland die Ansicht wächst, die Vereinigten Staaten wollten gegenüber der Sowjetunion eine Politik der Härte und der Konfrontation verfolgen. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall. Ich glaube, daß die Vorstellungen der Deutschen über die amerikanischen Absichten in dieser Frage nicht der Wirklichkeit entsprechen. Das führt zur Polemik und verhindert eine rationale Auseinandersetzung.

Wir Amerikaner haben unsere Vorstellungen über den Umgang mit den Sowjets drastisch geändert. Unser Verhandlungsansatz wird in erster Linie von den sowjetischen Absichten bestimmt.



Wir halten dies für einen realistischen Ansatz. Wir erleben gewaltige Rüstungsanstrengungen der Sowjets. Dabei haben wir viele Jahre lang — unter republikanischen wie demokratischen Präsidenten — versucht, mit den Sowjets Verhandlungen zu führen, bei denen unser vorrangiges Ziel war, ihnen klarzumachen: Wir haben keine bösen Absichten. Diese Politik scheint nicht funktioniert zu haben.

**ZEIT:** Eine Sorge in Europa ist, daß die Vereinigten Staaten sich gegenüber der Sowjetunion zu kraftmeierisch, zu wilhelminisch aufführen und Moskau keine Chance lassen, sein Gesicht zu wahren. Sie befürchten auch, die gemäßigten Kräfte im Kreml könnten dabei in die Ecke gedrängt werden, was angesichts des bevorstehenden Führungswechsels in der Sowjetunion besonders gefährlich wäre.

**Allen:** Möglicherweise haben wir unsere Politik, wie sie sich jetzt abzeichnet, nicht deutlich genug erklärt. Im übrigen war die Wirtschaftskrise, der sich die Reagan-Administration bei ihrem Amtsantritt gegenüber sah, so groß und überwältigend, daß sie die Aufmerksamkeit der Regierung völlig in Beschlag nahm. Es kam deshalb zwar nicht zu einem Stillstand unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Aber der Präsident und seine Mitarbeiter konzentrierten ihre Kraft ganz bewußt auf die Verabschiedung des Wirtschaftsprogramms und des Steuerpaketes als der unverzichtbaren Grundlage einer sinnvollen Außen- und nationalen Sicherheitspolitik.

Das dauerte länger, als wir erwartet hatten. Deshalb konnte der Eindruck entstehen, die Vereinigten Staaten kümmern sich nicht mehr um die übrige Welt. Doch wir glauben, daß sich dieser Eindruck schnell verflüchtigen wird.

**ZEIT:** Aber noch einmal: Geht die Reagan-Regierung nicht zu hart mit den Sowjets um?

**Allen:** Das letzte, was wir bezwecken, ist es, die Sowjets in die Ecke zu treiben, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, ihr Gesicht zu wahren. Wir wollen Alternativen nicht unmöglich machen. Was wir erreichen wollen, ist eine Veränderung des sowjetischen Verhaltens.

Wir möchten die Sowjetunion dahin bringen, daß sie sich weniger als revolutionäre Macht, sondern mehr wie ein verantwortungsbewußter Staat aufführt. Wir hegen in dieser Hinsicht keine Illusionen. Wir wissen, daß sich die Sowjetunion in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Der Grund dafür liegt selbstverständlich auch darin, daß sie einen überproportionalen Teil ihrer Mittel für militärische Zwecke einsetzt. Wir haben zwanzig Jahre mit ihnen verhandelt, doch während wir uns mit der Entwicklung neuer Waffensysteme zurückhielten, hat die Sowjetunion sie in einem außergewöhnlichen Tempo produziert.



**ZEIT:** Dennoch: Amerikas Rüstungstempo wirkt auf viele Europäer überhastet und übertrieben.

**Allen:** Der Präsident hat klargestellt, daß er keine Situation hinnehmen wird, in der wir militärisch hinter den Sowjets herhinken. Die Gefahr besteht nicht so sehr darin, daß es bald zu einem Krieg kommen könnte, die Gefahr liegt vielmehr in der Möglichkeit, daß die Sowjets ihren Vorsprung politisch ausnutzen, daß sie mit ihrer Überlegenheit das Denken in Europa beeinflussen. Das kann gar nicht ausbleiben.

**ZEIT:** Wie steht es um die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa?

**Allen:** Sie werden in Kürze beginnen. Der erste offizielle Schritt wird das Treffen zwischen den Außenministern Haig und Gromyko am Rande der UN-Vollversammlung in diesem Monat sein. Es hat darüber hinaus Kontakte auf niedriger Ebene gegeben, die im späten Frühjahr aufgenommen und während des ganzen Sommers beibehalten wurden. Wir gehen davon aus, daß die eigentlichen Verhandlungen noch vor Jahresende beginnen.

**ZEIT:** Könnten die Europäer in dieser Zeit zunehmender Spannungen und eines sich anbahnenden Wettrüstens eine Art Moderationsrolle zwischen den Supermächten spielen?

**Allen:** Meiner Ansicht nach spielt die Bundesrepublik bereits eine Rolle, die dieser Vorstellung nahekommt. Wenn sie allerdings den Begriff moderieren so verstehen, daß die Bundesrepublik zwischen zwei Extremen vermitteln soll, die gleich böse und schlecht sind, dann lehne ich das kategorisch ab. Ich denke doch, daß die Deutschen zwischen Russen und Amerikanern unterscheiden können.

**ZEIT:** Eine Schlichterrolle soll ja nicht dazu führen, daß sich die Bundesrepublik sozusagen wertfrei zwischen den Systemen bewegt . . .

**Allen:** Als Urheber der Ostpolitik hat Deutschland schon in sehr wichtiger Weise in dieser Funktion gedient. Es hat vieles erreicht, was unmöglich erschien. Die ganze Welt erkennt inzwischen die Ergebnisse der Ostpolitik an. Doch ist Ostpolitik eine sehr vielschichtige Angelegenheit. Es gibt gleichsam drei Ebenen: Die Ebene der deutschen Wiedervereinigung; die Ebene der osteuropäischen Länder; die Ebene der sowjetischen Politik. Die ersten beiden Ebenen sind unserer Ansicht nach Ihre eigene Sache. Bei der Einschätzung der Sowjetunion kann es jedoch keine Politik geben, die von der Linie des Bündnisses abweicht. Andernfalls funktioniert die Allianz nicht.



Selbst mit dieser Einschränkung, wenn Sie es denn so nennen wollen, spielt die Bundesrepublik eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Bündnispolitik. Die deutsche Politik hat eine Rückkoppelungsfunktion für die Vereinigten Staaten. Wir wollen nicht per Diktat mit unseren Alliierten umgehen. Vielmehr wollen wir Konsens und Übereinstimmungen bei den wichtigsten politischen Entscheidungslinien.

**ZEIT:** Differenzen gibt es zwischen Europa und Amerika auch über die richtige Haltung gegenüber der Dritten Welt. In Amerika gilt der Grundsatz: Hilfe nur an wohlgesonnene Staaten. Die Europäer sind in dieser Hinsicht flexibler.

**Allen:** Ich glaube, Sie haben die amerikanische Einstellung zu groß gezeichnet. Es ist aber etwas Wahres daran. Wir sind in der Tat nicht interessiert, Gaben über Länder auszuschütten, die uns feindselig gegenüberstehen. Das entspricht ja wohl auch dem gesunden Menschenverstand. Schließlich kommen die Dollars für die Entwicklungshilfe aus den Taschen der Steuerzahler. Diese Hilfe ist ohnehin in den Vereinigten Staaten nie sehr populär gewesen, und wir müssen uns sehr anstrengen, daß wir wenigstens den augenblicklichen Standard halten.

Ich glaube jedoch nicht, daß wir uns in unserer grundsätzlichen Haltung gegenüber der Dritten Welt sehr unterscheiden. Unsere Hauptziele sind es, dort die Entwicklung zu fördern und bei der Entlastung von den unglaublichen Energiepreisen zu helfen. Solche Hilfe ist für uns ja auch nichts Neues; daran brauche ich ein deutsches Publikum nicht zu erinnern. Wir wollen vor allem den Ländern helfen, die ein System der freien Marktwirtschaft anstreben. Wir wollen ihnen zeigen, wie es funktioniert und welche Nachteile ein sozialistisches System hat.

**ZEIT:** Es gibt, wie sich im Augenblick zeigt, einige Reibungspunkte im Atlantischen Bündnis. Wie können sie beseitigt werden?

**Allen:** Wir brauchen eine bessere Kommunikation über den Atlantik, und wir brauchen mehr persönliche Kontakte zwischen den Regierungschefs der Bündnisländer.